

Antragsbereich A / Antrag 7/II/2023

**AntragstellerInnen:** Jusos München

**Empfänger:** Unterbezirksparteitag

Stadtratsfraktion

**7/II/2023: Burschis anfechten - kommunale Strategie gegen rechte Studierendenverbindungen**

1 In einer Gesellschaft, in der rechtspopulistische und rechtsextreme Stimmen  
2 immer mehr Zuspruch bekommen, ist der Kampf für eine offene und solidarische  
3 Demokratie wichtiger denn je. Oft liegt der Fokus der öffentlichen Debatte beson-  
4 ders auf rechtsextremen Parteien und Bündnissen, welche unsere Demokratie auf  
5 der Straße und in den Parlamenten aktiv bekämpfen. Weniger Aufmerksamkeit  
6 bekommen hierbei rechte bis rechtsextreme und christlich-fundamentale Studie-  
7 rendenverbindungen und Burschenschaften. Diese studentischen Männerbünde  
8 werden aufgrund ihrer langen Tradition teilweise als legitimer Bestandteil unse-  
9 rer Gesellschaft wahrgenommen, wenngleich einige Studierendenverbindungen  
10 völkisches, antisemitisches und antifeministisches Gedankengut vertreten, anti-  
11 demokratische Strukturen und Netzwerke bis weit hinein in die rechtsextreme  
12 Szene mit Organisationen und Parteien wie die Identitäre Bewegung, Junge  
13 Alternative, NPD oder AfD pflegen.

14

15 Nicht alle Studierendenverbindungen und Burschenschaften sind gleich zu sehen  
16 und nicht alle sind rechtsextrem. Gleichzeitig sind diejenigen Verbindungen,  
17 die im konservativen oder christlichen politischen Spektrum unterwegs sind oft  
18 ein Feigenblatt für die Legitimation anderer, extremer rechter Gruppierungen.  
19 Daraus und aus der oft antifeministischen Grundhaltung auch unpolitischer  
20 Studierendenverbindungen leiten wir eine Kritik an Burschenschaften insgesamt  
21 ab, insbesondere stehen aber im Fokus dieses Antrags und unserer Kritik vor  
22 allem die extremen rechten Verbindungen.

23

24 Insbesondere Studierendenverbindungen, die unter dem Dachverband der  
25 "Deutschen Burschenschaft (DB)" organisiert sind, können als offen rechts bis  
26 rechtsextrem eingestuft werden. Am Beispiel von München trifft dies auf die Ver-  
27 bindungen Alemannia, Cimbria, Stauffia und Danubia zu, während letztere vom  
28 bayerischen Verfassungsschutz als "rechtsextrem" eingestuft und beobachtet  
29 wird. Werte wie "Ehre-Freiheit-Vaterland", "Abstammung", "Siedlungsraum in  
30 Europa" oder "Volksgemeinschaft" sowie das Absingen aller drei Strophen des  
31 Deutschlandliedes werden hier offen propagiert und zeigen das wahre Gesicht ei-  
32 niger Studierendenverbindungen, deren ehemaligen Mitglieder oftmals wichtige  
33 Positionen in Politik und Wirtschaft besetzen. Auch die Schlagzeilen antisemi-

34 tischer Liederbücher rechter Studierendenverbindungen in Österreich und die  
35 Verstrickungen mit der FPÖ zeugen von einem weit verzweigten Netzwerk und  
36 einer antisemitischen, völkisch-nationalen und rechtsextremen Weltanschauung.  
37

38 Die Tatsache, dass diese oft "pflichtschlagenden" Verbindungen im Besitz von  
39 Waffen und bei der Durchführung von sogenannten "Mensuren" schwere Unfälle  
40 keine Seltenheit sind, verstärkt die von rechten Studierendenverbindungen  
41 ausgehende Gefahr gegenüber der Gesellschaft. Ein weiteres Problem bilden die  
42 toxisch-männlichen Hierarchie-Strukturen innerhalb der männlichen Studieren-  
43 denverbindungen selbst. Hierbei sind Demütigungen und menschenunwürdiges  
44 Verhalten "alter Burschis" gegenüber neuen Anwärtern, einem sogenannten  
45 "Fuchs" oder auch "Fux", häufiger Teil des Alltags. Junge Menschen werden  
46 so oftmals durch den bestehenden Gruppenzwang und die Befehlskultur zu  
47 gefährlichen Mutproben und gesundheitsschädlichen Trinkgelagen gezwungen  
48 und sind häufig Opfer von übergriffigem Verhalten.

49

50 Für uns als antifaschistischer und feministischer Jugendverband ist eine Toleranz  
51 von rechtsextremen und patriarchalen "Elite-Verbänden" mit Verbindungen  
52 in Politik und Wirtschaft nicht hinnehmbar und muss daher konsequent be-  
53 kämpft werden. Rechte Studierendenverbindungen spiegeln nicht die Realität  
54 einer demokratischen, toleranten und solidarischen Gesellschaft wider und die  
55 regelmäßigen Gewalttaten, ihre nationalistische, antisemitische und antifemi-  
56 nistische Grundhaltung und die Netzwerke bis weit in die rechtsextreme Szene  
57 zeigen das wahre Gesicht der sogenannten "Bünde fürs Leben".

58

#### 59 **Forderungen:**

60

61 Wir fordern daher eine kommunale Strategie der Stadt München zur konse-  
62 quenten Bekämpfung rechter Studierendenverbindungen. Es muss ein Schutz  
63 für junge Menschen gewährleistet werden, die oftmals ungewollt in die Fänge  
64 rechter Verbindungen geraten, sich dort radikalieren und ein Ausstieg nur  
65 schwer möglich ist. Die Strategie der Stadt München soll als Vorbild für weitere  
66 Universitätsstädte dienen. Untere anderem sollen folgende Punkte teil dieser  
67 Strategie sein:

68

#### 69 **Etablierung anonymer Hilfsangebote für Mitglieder von Studierendenverbin-** 70 **dungen**

71

72 Studierendenverbindungen setzen häufig auf eine klar hierarchische Struktur,  
73 welche in der Regel zu einem künstlich erzeugten Machtgefälle zwischen den  
74 einzelnen Mitgliedern führt. Insbesondere neue oder "niedriger gestellte Mitglie-  
75 der" werden in solchen Strukturen häufig Opfer von physischer oder psychischer  
76 Gewalt. Besonders hervorzuheben sind hierbei rechte Burschenschaften, in

77 deren Struktur Demütigungen, übergriffiges Verhalten und Gewalt als “normal”  
78 angesehen werden. Aufgrund der Tatsache, dass die Täter\*innen häufig in der  
79 Hierarchie höher gestellt sind, sowie durch einen stark ausgeprägten Korpsgeist,  
80 ist das Ersuchen von Hilfe innerhalb der Organisation ohne Konsequenzen so gut  
81 wie unmöglich. Eine externe Meldestelle kann daher als anonyme und externe  
82 Anlaufstelle dienen und der Stadt eine Übersicht zur Situation innerhalb der  
83 Strukturen geben.

84

#### 85 **Etablierung eines kommunalen Exit Angebots**

86

87 Ein Ausstieg aus rechten Studierendenverbindungen ist aufgrund der teilweise  
88 sektenartigen Strukturen nur schwer möglich. Wie einige andere Gemeinschaften  
89 setzen auch rechten Studierendenverbindungen auf eine starke Identifikation  
90 mit der Gruppe und Widerspruch aus der Öffentlichkeit oder dem familiären  
91 Umfeld führt dabei oft zu einer starken Abschottung der Mitglieder. Kombiniert  
92 mit einer finanziellen Abhängigkeit sowie Drohungen ist ein Ausstieg mit großen  
93 Ängsten verbunden und wird so zusätzlich erschwert. Die Stadt muss daher  
94 Aussteigerprogramme mit Fokus auf rechte Studierendenverbindungen entwi-  
95 ckeln und fördern. Als Beispiel kann hierbei die Organisation “Exit Deutschland”  
96 dienen, welche Aussteiger aus der rechtsextremen Szene aktiv unterstützt und  
97 sie auf ihrem Weg begleitet.

98

#### 99 **Verpflichtende Aufklärungsprogramme über die Gefahren von rechten Studie- 100 rendenverbindungen an Universitäten und Hochschulen**

101

102 Studierende, die bisher nicht in Kontakt mit Studierendenverbindungen getreten  
103 sind, könnten unwissend in ihre hierarchischen, toxisch-männlichen Strukturen  
104 geraten. Dies kann vermieden werden, indem Studierenden das notwendige  
105 Wissen (bspw. in Zusammenarbeit mit der Fachinformationsstelle gegen  
106 Rechtsextremismus “FIRM”) über die von rechten Studierendenverbindungen  
107 ausgehende Gefahr aufgrund der Hierarchien, den Alkoholmissbrauch oder  
108 Kontakte in die rechte Szene vermittelt wird. Derartige Aufklärungsprogramme  
109 können beispielsweise ein verpflichtender Bestandteil der Einführungsveranstal-  
110 tungen für neue Studierende an allen Hochschulen und Universitäten sein.

111

#### 112 **Keine Werbung für Wohnungen und WG-Zimmer von Studierendenverbindun- 113 gen auf kommunalen Wohnungsportalen**

114

115 Aufgrund der hohen Mietpreise für Wohnungen und WGs können die ver-  
116 gleichsweise günstigen Zimmerangebote der Studierendenverbindungen und  
117 Burschenschaften attraktiv auf junge Studierende wirken, besonders wenn diese  
118 nicht aus München oder dem Umland stammen oder aus ihrem familiären  
119 Umfeld entkommen wollen. Dadurch können junge Menschen mit geringen

120 finanziellen Mitteln unabhängig von ihrer politischen Einstellung gewollt oder  
121 ungewollt in die Fänge von rechten Studierendenverbindungen geraten. Auch  
122 für Studierende, die neu in München sind, wenig bis keine Personen kennen und  
123 daher Anschluss suchen, können durch die Angebote der Studierendenverbindungen  
124 angezogen werden.

125

#### 126 **Schaffung von mehr bezahlbaren und zentralen Wohnraum für Studierende und** 127 **keine Vergabe städtischer Bauten an Studierendenverbindungen**

128

129 Verbindungen besitzen häufig große Häuser in nächster Nähe zu den Universitä-  
130 ten und studentischen Szenevierteln, welche sie gleichzeitig günstig vermieten  
131 können. Um einen sozio-ökonomisch begründeten Zulauf zu Studierendenver-  
132 bindungen zu verhindern, bedarf es mehr bezahlbaren städtischen Wohnraum  
133 für Studierende in zentraler Lage. Zudem darf aufgrund der begrenzten Woh-  
134 nungssituation in München kein öffentlicher Wohnraum sowie öffentliche  
135 Grundstücke an Studierendenverbindungen vergeben werden.

136

#### 137 **Keine Teilnahme rechter Studierendenverbindungen an öffentlichen Terminen** 138 **und Veranstaltungen**

139

140 Rechten Studierendenverbindungen dürfen keine öffentliche Aufmerksamkeit  
141 und Zurschaustellung gewährt werden. Sie sind aufgrund ihrer antisemitischen  
142 und völkisch-nationalen Einstellung kein legitimer Teil der öffentlichen  
143 Gesellschaft und ein gemeinsames Auftreten von städtischen Einrichtungen  
144 oder Mandatsträger\*innen mit rechten Studierendenverbindungen gilt es zu  
145 unterbinden.

146

#### 147 **Prüfung eines Verbots von Waffen in Studierendenverbindungen**

148

149 Der Zweck einer Studierendenverbindung sollte sich lediglich auf eine gegenseitige  
150 Unterstützung während der Studienzeit begrenzen, weshalb eine Notwendigkeit  
151 zur Bewaffnung mit Hieb-, Stich- oder Schusswaffen aller Art zu keiner Zeit  
152 besteht. Immer wieder kommt es im Rahmen von sogenannten "Mensuren" zu  
153 teils schwersten Verletzungen. Eine genaue Anzahl von Verletzungen im Rahmen  
154 derartiger - eigentlich verbotener - Fechtduelle ist nicht bekannt. Zudem stellt die  
155 Bewaffnung der in Teilen antidemokratischen und rechtsextremen Studierenden-  
156 verbindungen eine Gefährdung der Bevölkerung dar. Eine vollständige Entwaffnung  
157 dient daher nicht nur den Mitgliedern selbst, sondern auch der öffentlichen  
158 Sicherheit.